



Japan und Nordkorea

Atsuhito ISOZAKI

Einleitung

Die Demokratische Volksrepublik Korea (nachfolgend „Nordkorea“) ist der einzige UN-Mitgliedsstaat, zu dem Japan keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Nachdem Japan bis 1945 über 35 Jahre lang die koreanische Halbinsel beherrschte, normalisierten sich die diplomatischen Beziehungen zu Südkorea im Jahr 1965 wieder; doch sind sie heutzutage zwischen Japan und Nordkorea – mehr als ein halbes Jahrhundert später – immer noch von gegenseitigem Misstrauen und vielen offenen Fragen geprägt, weshalb keine Aussicht auf Verbesserung besteht.

In der Vergangenheit gab es allerdings auch Zeiten, in denen Japan und Nordkorea aufeinander zugegangen waren, um die diplomatischen Beziehungen erneut zu normalisieren. In diesem Beitrag werde ich den historischen Hintergrund dieser gescheiterten Annäherungsversuche beleuchten und die Faktoren untersuchen, die insbesondere nach der Unterzeichnung der Pjöngjang-Erklärung zwischen Japan und Nordkorea (Japan-North Korea Pyongyang Declaration) im Jahr 2002 zu einer extremen Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern geführt haben. Darüber hinaus werde ich den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea im Zusammenhang mit den Regierungen unter Premierminister Yoshihide Suga und Premierminister Fumio Kishida schildern.

Historischer Hintergrund

Die erste Annäherungsphase zwischen Japan und Nordkorea fand Mitte der 1950er Jahre während des Kalten Krieges statt. Nach dem Tod von Stalin, dem obersten Führer der Sowjetunion, im März 1953, tendierte man zwischen den USA und der Sowjetunion zu einer friedlichen Koexistenz, wodurch gleichermaßen zwischen Japan und der Sowjetunion sowie infolgedessen auch zwischen Japan und Nordkorea eine zunehmende Atmosphäre der Annäherung entstand. Der Grund hierfür lag darin, dass Nordkorea unmittelbar nach seiner Staatsgründung stark von der Sowjetunion beeinflusst worden war. Im Februar 1955 teilte der nordkoreanische Außenminister Nam Il Japan mit, dass Nordkorea bereit sei, alle Fragen im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Entwicklung der Beziehungen zwischen Nordkorea und Japan konkret zu besprechen, wodurch der Handel zwischen den beiden Ländern unter der Regierung von Premierminister Ichiro Hatoyama auflebte und direkte Schiffsverbindungen untereinander aufgenommen wurden. Im Dezember 1959 wurde mit der Rückholung von in Japan lebenden Nordkoreanern begonnen, in deren Rahmen fast 100.000 Personen und ihre japanischen Ehepartner nach Nordkorea übersiedelten. Dies stellte die historisch größte Bevölkerungswanderung von einem kapitalistischen in einen sozialistischen Staat dar.

Im Mai 1961 ergriff der vom Militär stammende Park Chung-hee jedoch in Südkorea die Macht und trieb die japanisch-südkoreanischen Beziehungen zunächst voran. Daraufhin kühlten die japanisch-nordkoreanischen Beziehungen erneut rapide ab, da im Juni 1965 der Grundlagenvertrag zwischen Japan und der Republik Korea unterzeichnet wurde, in dem Südkorea als die „einzig legitime Regierung“ auf der koreanischen Halbinsel bezeichnet wurde. Während des Kalten Krieges gestaltete es sich für Japan schwierig, gute Beziehungen sowohl zum Norden als auch zum Süden aufzubauen.

Die zweite Annäherungsphase begann Ende der 1960er Jahre mit der Entspannungspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion sowie der Annäherung zwischen den USA und China. Insbesondere durch die Entwicklungen in den USA und in China näherten sich Japan und China rapide an, was zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen im September 1972 führte. Zudem versuchte man in Japan großen Wert auf die Beziehungen zu Nordkorea, einem Alliierten Chinas, zu legen, weshalb zahlreiche Journalisten und Politiker das Land besuchten und eine parlamentarische Vereinigung für die Freundschaftsförderung zwischen Japan und Nordkorea gebildet wurde. Die plötzliche Annäherung zwischen Japan und Nordkorea war für Südkorea, das gerade erst seine diplomatischen Beziehungen zu Japan normalisiert hatte, allerdings schwer zu akzeptieren.

Nordkorea forderte von Japan eine äquidistante Diplomatie mit Nord- und Südkorea, worauf Japan jedoch nicht einging, sondern u. a. in wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Bereichen den Aufbau des Austauschs forderte.

An dieser Stelle muss die Tatsache erwähnt werden, dass die japanische Bevölkerung bis in die 1970er Jahre hinein ein positives Bild von Nordkorea hatte. Nicht nur in den konservativen Medien wurde wohlwollend über die „wirtschaftliche Entwicklung“ Nordkoreas berichtet; auch Ryokichi Minobe, der damalige Gouverneur der Präfektur Tokyo, traf sich im Oktober 1971 mit dem nordkoreanischen Staatschef Kim Il Sung und lobte ihn öffentlich in den höchsten Tönen, indem er unter anderem davon sprach, dass das Ergebnis des Wettbewerbs zwischen Kapitalismus und Sozialismus allein schon beim Blick auf die aktuelle Situation in Pjöngjang deutlich werde und man sich darüber unterhalten habe, dass der Kapitalismus eindeutig verloren hätte.

Die dritte Annäherungsphase fällt in die Zeit um das Ende des Kalten Krieges. Im Juli 1988 erklärte der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo seine Bereitschaft zur gegenseitigen Zusammenarbeit, um die Beziehungen zwischen den befreundeten Staaten Nord- und Südkorea, sowie die Beziehungen von Südkorea zu den sozialistischen Staaten zu verbessern. Für Japan bedeutete dies, dass Südkorea einer Normalisierung der

diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea nicht widersprechen würde.

Angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs sozialistischer Regime weltweit versuchte Nordkorea, seine Beziehungen zu Japan zu verbessern, um einen Weg durch diese kritische Situation zu finden. Auch gab es auf japanischer Seite die Meinung, dass der letzte Schritt im Rahmen der Nachkriegsbewältigung die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea sei. Im September 1990 wurde eine hochrangige Delegation der regierenden Liberaldemokratischen Partei sowie der führenden Oppositionspartei, der Sozialistischen Partei Japans, nach Pjöngjang entsandt, wo sie sich mit der Partei der Arbeit Koreas auf eine „frühestmögliche Aufnahme der diplomatischen Beziehungen“ einigte, was im Januar 1991 schließlich zur Aufnahme der Verhandlungen über die Normalisierung der japanisch-nordkoreanischen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen führte.

Diese Verhandlungen scheiterten jedoch in der 8. Verhandlungsrounde im November 1992, nachdem der Verdacht aufgekommen war, dass es sich bei der Frau, die der für den Abschuss von Korean-Air-Flug 858 im November 1987 verantwortlichen nordkoreanischen Geheimagentin die japanische Sprache beigebracht hatte, möglicherweise um ein japanisches Entführungsopfer handeln könnte. Darüber hinaus tauchte zu dieser Zeit der Verdacht einer

nuklearen Entwicklung in Nordkorea auf; doch reagierte man auf nordkoreanischer Seite nicht auf die Forderung Japans nach einer Pauschallösung gegenüber diesen Fragen.

Die vierte Annäherungsphase fand schließlich statt, als Premierminister Junichiro Koizumi am 17. September 2002 Nordkorea besuchte. Während frühere Annäherungsversuche zwischen Japan und Nordkorea mit den Handlungen der Großmächte oder den Bewegungen in der internationalen Politik verknüpft gewesen waren, ist das Jahr 2002 insoweit als einzigartig zu bewerten, als dass Japan und Nordkorea gleichermaßen nicht nur von sich aus einen Annäherungsversuch unternahmen, sondern die Regierungen selbst eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen spielten – und nicht etwa die bisher praktizierte zwischenparteiliche Diplomatie.

Der Grund für die Veranlassung des ersten Gipfeltreffens zwischen Japan und Nordkorea war die Tatsache, dass das Thema Entführungen japanischer Staatsbürger durch Nordkorea in Japan zu einer nationalen Angelegenheit geworden war. In den administrativen Verhandlungen unmittelbar vor dem Treffen berichtete die nordkoreanische Seite, dass acht der Entführten gestorben seien, fünf lebten und eine Person womöglich gar nicht erst ins Land gekommen sei. Kim Jong-il, der oberste Führer Nordkoreas, entschuldigte sich auf diesem Gipfeltreffen bei Premierminister Koizumi und erklärte, dass in den 1970er und frühen 1980er

Jahren einige nordkoreanische Spezialkräfte aus einem „törlichen Drang nach Ruhm und Heldenhum“ unbesonnen gehandelt hätten.

Die damals von beiden Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Pjöngjang-Erklärung zwischen Japan und Nordkorea stellte ein umfassendes und bahnbrechendes Übereinkommen dar, dass die folgenden Themen enthielt: Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen; Japans Ausdruck einer „tiefen Reue und Entschuldigung“ im Zusammenhang mit seiner Kolonialherrschaft; konkrete Verhandlungen zur Bereitstellung unentgeltlicher Wirtschaftshilfen oder solcher mit niedrigen Zinsen im Anschluss an die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen; konkrete Verhandlungen über den beidseitigen Verzicht auf Eigentum und Ansprüche, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden waren; Durchführung von Maßnahmen auf nordkoreanischer Seite, um ein erneutes Auftreten von Problemen zu verhindern, die das Leben und die Sicherheit japanischer Staatsbürger betreffen; die beidseitige Einhaltung aller internationaler Übereinkommen in Bezug auf Nuklearfragen; sowie die Verlängerung des Moratoriums für Raketenstarts Nordkoreas über das Jahr 2003 hinaus.

Angesichts der Kolonialisierung der koreanischen Halbinsel durch Japan vor dem Krieg wurde Südkorea im Zuge der Normalisierung der diplomatischen

Beziehungen zwischen beiden Ländern im Jahr 1965 eine wirtschaftliche Unterstützung in finanzieller Höhe von insgesamt 500 Millionen US-Dollar gewährt. Und auch zwischen Japan und Nordkorea ist man sich einig, dass Nordkorea dasselbe Kapital zur Verfügung gestellt werde, sobald sich die diplomatischen Beziehungen normalisiert hätten. Bisher hatte Nordkorea gefordert, die finanziellen Mittel als „Entschädigung“ bzw. „Reparation“ zu bezeichnen, näherte sich im Rahmen der Erklärung jedoch der japanischen Seite an.

Es wird vermutet, dass die plötzlich veränderte Haltung Nordkoreas gegenüber den Entführungsfällen, die es zuvor als „Erfindung der japanischen Regierung“ betitelt hatte, sowie die an Japan gerichtete persönliche Entschuldigung von Kim Jong-il auf dem Gipfeltreffen der Absicht diente, die wirtschaftliche Unterstützung Japans als Antrieb für sein Wirtschaftswachstum zu nutzen und mit Hilfe Japans in die Lage zu kommen, auch mit den USA verhandeln zu können.

Als ein Untersuchungsteam der japanischen Regierung Nordkorea Ende September 2002 besuchte, teilte man ihm mit, dass die acht japanischen Staatsbürger, die entführt worden und inzwischen verstorben waren, ihr Leben aufgrund von Gasvergiftungen, Verkehrsunfällen, Ertrinken und Selbstmord verloren, woraufhin in Japan ein heftiger Aufschrei aufgrund der „viel zu vielen Ungereimtheiten“ erfolgte.

Unterdessen kehrten die fünf noch lebenden Personen am 15. Oktober desselben Jahres nach Japan zurück. Ende Oktober wurden die Verhandlungen über die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen in Kuala Lumpur wieder aufgenommen; aufgrund eines Konflikts im Zusammenhang mit der Rückführung der Familien der bereits nach Japan zurückgekehrten Entführungsopfer wurden sie jedoch erneut ausgesetzt. Die japanische Regierung konnte es sich nicht leisten, auf eine Weise zu handeln, die von den japanischen Bürgern als Schwäche aufgefasst werden könnte.

Obwohl die nordkoreanische Seite einmal mehr wiederholte, dass die Entführungsfälle geklärt seien, reiste Premierminister Koizumi am 22. Mai 2004 erneut nach Pjöngjang. Bei diesem zweiten Gipfeltreffen versprach die japanische Seite 250.000 Tonnen Lebensmittelhilfe sowie medizinische Unterstützung im Umfang von 10 Mio. USD über internationale Institutionen, woraufhin Kim Jong-il drei Familienmitgliedern der Entführungsopfer die Rückkehr nach Japan gestattete. Kim Jong-il sicherte zu, die Untersuchungen zum Wohle der Entführungsopfer von Grund auf zu wiederholen, und obwohl die nordkoreanische Seite anschließend über erneute Untersuchungen im Zusammenhang mit vermissten Personen berichtete, wurden keinerlei konkrete Beweise oder Unterlagen präsentiert.

Nordkorea versprach im Zuge der mit Japan durchgeföhrten Verhandlungen auf Arbeitsebene im Juni 2008 in Peking eine wiederholte Untersuchung der Entführungsfälle und erklärte sich anschließend bereit, die Ergebnisse im Herbst desselben Jahres vorzulegen. Als jedoch auf japanischer Seite ein ständiger Wechsel der Premierminister stattfand, setzte sich Nordkorea einfach über ebendiese Bereiterklärung hinweg.

Ende 2011 schließlich starb Kim Jong-il und die Regierung unter Kim Jong-un begann. In Japan kehrte Shinzo Abe, der großes Interesse an der Entführungsproblematik zeigte, Ende 2012 in das Amt des Premierministers zurück und äußerte den festen Willen, dieses Problem während seiner Amtszeit zu lösen. Bereits im August desselben Jahres waren nach zehnjähriger Pause wieder die ersten offiziellen Gespräche zwischen dem Roten Kreuz beider Länder in Peking erfolgt. Auf der Tagesordnung standen die Sammlung der sterblichen Überreste japanischer Staatsangehöriger, die im heutigen Nordkorea umgekommen waren, sowie der Besuch der Gräber durch die Hinterbliebenen. In den Wirren des Pazifikkriegs blieben viele japanische Staatsbürger, darunter auch Geflüchtete aus der Mandschurei, auf der koreanischen Halbinsel zurück. Daher hatte die japanische Regierung Projekte in Gebieten außerhalb von Nordkorea durchgeführt, um die Überreste von Kriegstoten einzusammeln.

Nordkorea nahm dabei eine konstruktive Haltung ein und erlaubte den Hinterbliebenen die Einreise, um die Gräber ihrer Angehörigen zu besuchen. Gleichzeitig wurde im November 2012 bei den Verhandlungen auf Abteilungsleiterebene des Außenministeriums in Ulaanbaatar vereinbart, in Bezug auf die Sammlung der sterblichen Überreste japanischer Staatsbürger zusammenzuarbeiten und die Gespräche über die Entführungsfrage fortzusetzen.

Im Mai 2014 erzielten die beiden Länder bei den Verhandlungen auf Abteilungsleiterebene des Außenministeriums in Stockholm eine umfassende Einigung. Nordkorea äußerte seine Absicht, umfangreiche und vollständige Untersuchungen im Zusammenhang mit allen betroffenen japanischen Staatsbürgern durchzuführen und jegliche offenen Fragen zu klären, weshalb auch Japan sich bereit zeigte, einige der bestehenden Sanktionen aufzuheben. Nordkorea informierte die japanische Seite bei den Verhandlungen auf Abteilungsleiterebene im Juli desselben Jahres in Peking über die Zusammensetzung der Ermittlungskommission. Die Ermittlungskommission sollte sich unter anderem aus Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit und Verteidigung, des Ministeriums für Volkssicherheit sowie der Volksarmee zusammensetzen und in vier Sektionen unterteilt sein, die jeweils für die Entführungsopfer, die vermissten Personen, die Frage nach den Überresten der verstorbenen japanischen Personen sowie die

verbliebenen japanischen Staatsbürger und japanischen Ehepartner zuständig waren. Der Begriff der „vermissten Personen“ umfasste dabei diejenigen Personen, bei denen die japanische Seite nicht ausschließen kann, dass sie entführt wurden, während „verbliebene japanische Staatsangehörige und japanische Ehepartner“ sowohl diejenigen Personen bezeichnet, die nach dem Krieg nicht nach Japan zurückgekehrt waren, als auch japanische Ehefrauen, die ihre in Japan lebenden nordkoreanischen Ehemänner bei Rückkehrprogrammen Ende der 1950er Jahre begleitet haben.

Nach dem vierten Atomwaffentest Nordkoreas im Januar 2016 und dem gewaltsam erzwungenen Start einer ballistischen Langstreckenrakete im Februar desselben Jahres kündigte die japanische Regierung jedoch Maßnahmen zur Verschärfung der Sanktionen an, darunter – zusätzlich zur Wiedereinführung der aufgehobenen Sanktionen – ein grundsätzliches Verbot von Geldsendungen nach Nordkorea. Daraufhin kündigte Nordkorea an, alle Untersuchungen im Zusammenhang mit den betroffenen japanischen Staatsbürgern einzustellen und die Sonderermittlungskommission aufzulösen. In der Folgezeit vertiefte sich das gegenseitige Misstrauen zwischen beiden Ländern und die Beziehungen kamen vollständig zum Erliegen.

Seitdem führte Nordkorea wiederholt Atomwaffen- und Raketentests durch, sodass Premierminister Abe

ausdrücklich erklärte, dass Japan keinen Dialog bräuchte, sondern Druck ausüben müsse – ein „Dialog nur um des Dialoges willen“ sei bedeutungslos. Nichtsdestotrotz änderte sich seine Haltung im Mai 2019 abrupt, indem er Absichten zeigte, einen „bedingungslosen Dialog“ zu bekunden. Dieser Wandel erfolgte nach einer Reihe von Treffen zwischen den Staatsoberhäuptern der USA und Südkorea mit Kim Jong-un sowie durch die polarisierte öffentliche Meinung Japans gegenüber Nordkorea, die zwischen „Druck“ und „Dialog“ gespalten war.

Kim Jong-un startete 2018 und 2019 eine diplomatische Offensive und hielt drei Gipfeltreffen mit Präsident Donald Trump, fünf mit Staatsoberhaupt Xi Jinping und drei mit Präsident Moon Jae-in ab, doch ignorierte er Premierminister Abes Vorschlag für einen bedingungslosen Dialog. Da Premierminister Abe bei jeder Gelegenheit mit großen Worten verkündet hatte, dass alle Entführungsopfer durch seine Hand nach Japan zurückkehren werden, konnte er auf keinen Fall zu einem Gipfeltreffen gehen, ohne die Aussicht auf Fortschritte in der Entführungsfrage zu erzielen; dies war den Nordkoreanern natürlich bewusst.

Anders gesagt, misstraute Nordkorea dem japanischen Staat nun auf die gleiche Weise, wie Japan dem nordkoreanischen Staat aufgrund der Entführungsfälle, des Atomwaffentests und der Raketenproblematik misstraute.

Man hatte auf nordkoreanischer Seite den Eindruck, dass Premierminister Abe, der Nordkorea im Hinblick auf die Entführungsproblematik scharf verurteilte und durch harte Maßnahmen wie unabhängige Sanktionen an nationaler Popularität gewonnen hatte, zur Lösung der Entführungsfälle nicht wirklich auf Nordkorea zugehen wollte, sondern dieses Problem lediglich für innerpolitische Zwecke ausnutzte. Am Ende trat Abe, der die Entführungsproblematik zu seiner „obersten Priorität“ gemacht hatte, aus der Regierung zurück, ohne ein einziges Gipfeltreffen abgehalten, geschweige denn, die Entführungsopfer geborgen zu haben.

Aktueller Stand und Herausforderungen

Auf den plötzlichen Rücktritt von Premierminister Abe während der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus folgte Yoshihide Suga, der deutlich machte, dass er die bisherigen politischen Maßnahmen fortsetzen wolle. Auch die Regierung unter Premierminister Suga setzte die Entführungsproblematik ganz oben auf die Tagesordnung; doch war ihre Politik gegenüber Nordkorea eher unspektakulär und zu sehr mit Coronamaßnahmen beschäftigt, um sich ernsthaft mit den Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea befassen zu können.

Wie auch Premierminister Abe verurteilte Suga Nordkorea aufgrund der

Entführungs-, Nuklear- und Raketenproblematik scharf, während Kim Jong-un weder in seiner Neujahrsansprache noch an anderer Stelle je einen direkten Bezug zur japanischen Regierung herstellte. In den nordkoreanischen Medien wird Japan immer wieder kritisiert, wobei die Kritiker keine hochrangigen Funktionäre wie Kim Yo-jong oder Kim Yong-chol sind, die sich gegenüber den USA und Südkorea äußern, sondern Forscher des nordkoreanischen Japan Research Institutes oder Sprecher des nordkoreanischen Olympischen Komitees. Dies bedeutet, dass Nordkorea den japanischen Staat nicht länger als wichtigen Verhandlungspartner betrachtet.

Während der langen Zeit der Stagnation in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern verdreifachte sich das BIP Chinas gegenüber dem BIP Japans, welches bis dahin als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt gegolten hatte, und das Pro-Kopf-Einkommen Südkoreas liegt gegenwärtig mit Japan gleichauf. Es ist nicht verwunderlich, dass Nordkorea sich eher auf die teilweise Aufhebung der Wirtschaftssanktionen durch die USA verlässt und die schneller verfügbaren Hilfen aus China und Südkorea in Anspruch nehmen möchte, anstatt im Zuge der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen auf die finanziellen Mittel zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Japan angewiesen zu sein.

Japans Diplomatie mit Nordkorea unterliegt seit langem de facto dem alleinigen Vorrecht des Premierministers; die

Regierung unter Premierminister Suga schaffte es jedoch nicht einmal, hinter den Kulissen einen entsprechenden Kontakt herzustellen. Die Familien der verbliebenen Opfer in Japan werden immer älter, weshalb zu befürchten ist, dass die Entführungsproblematik verblasst.

Auch die Regierung unter Premierminister Fumio Kishida, die im Oktober 2021 begonnen hat, verfolgt eine Politik des „bedingungslosen Dialogs“, weshalb sich die japanische Politik gegenüber Nordkorea nicht wesentlich geändert hat. Auf der Website des offiziellen Büros des Premierministers heißt es, dass die Entführungsproblematik eine höchst wichtige humanitäre Frage sei, die unter Zeitdruck stehe. Man werde mit aller Kraft daran arbeiten und jegliche Möglichkeit ergreifen, allen Entführungsopfern die Rückkehr nach Japan zu ermöglichen; zudem sei man entschlossen, dem obersten Führer Kim Jong-un direkt und bedingungslos gegenüberzutreten. Darüber hinaus wird das Ziel erklärt, auf Grundlage der Pjöngjang-Erklärung zwischen Japan und Nordkorea die offenen Fragen zu Entführungen, Atomwaffen und Raketen umfassend zu lösen, die unglückliche Vergangenheit abzuschließen und die diplomatischen Beziehungen zu normalisieren.

Im Mai 2022 kam mit der Regierung unter Präsident Yoon Suk-yeol die erste konservative Regierung Südkoreas seit fünf Jahren an die Macht. Dadurch

können Japan, die USA und Südkorea zwar ihren Druck auf Nordkorea im Gleichschritt erhöhen; im Gegenzug ist Nordkorea jedoch zunehmend vorsichtiger geworden und es bleiben Zweifel, ob dies die stillgelegten Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea wieder in Bewegung bringen kann.

Zum Abschluss

Die japanische Sichtweise auf Nordkorea hat sich von einer verhältnismäßig positiven Haltung während des Kalten Krieges zu einer extrem negativen Haltung aufgrund der Entführungs-, Nuklear- und Raketenproblematik gewandelt. Vor diesem Hintergrund gelang es auf dem ersten Gipfeltreffen zwischen den beiden Ländern im Jahr 2002, fünf Entführungsopfer wiederzufinden. Dieses Ergebnis wurde dadurch ermöglicht, dass Japan unverändert daran glaubte, die Entführungsproblematik lösen zu können und hartnäckig eine Lösung angestrebt hat, obwohl Nordkorea dieses Problem über lange Jahre hinweg als „Erfindung der japanischen Regierung“ betitelt hatte. Die Tatsache, dass selbst Kim Jong-il gezwungen gewesen war, sich zu entschuldigen, stellte einen seltenen diplomatischen Sieg im gegenwärtigen Japan dar, und das einzige von beiden Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Dokument, die Pjöngjang-Erklärung zwischen Japan und Nordkorea, bestimmte die japanische Politik gegenüber Nordkorea.

In der Folgezeit ging es mit den Beziehungen zwischen den beiden Ländern jedoch stetig bergab. Nordkorea ist nun der Ansicht, dass es Japan nicht um jeden Preis um finanzielle Unterstützung bitten muss, sondern nicht nur von China, sondern auch von Südkorea Unterstützung erhalten kann, sobald die auferlegten Sanktionen durch entsprechende Verhandlungen mit den USA gelockert werden. Darüber hinaus konnte sich die Wirtschaft Nordkoreas seit der katastrophalen Hungersnot in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Vergleich zu damals verbessern, während die Wirtschaftskraft Japans relativ gesehen abgenommen hat.

Nimmt man deswegen jedoch an, dass Nordkorea den japanischen Staat auch in Zukunft ignorieren könnte, so ist dies nicht der Fall. Selbst wenn Japan nicht in der Lage sein sollte, direkte Verhandlungen mit Nordkorea durchzuführen, so kann sich der japanische Premierminister an den amerikanischen Präsidenten wenden, um eine weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea aufzuhalten. So gesehen besitzt Japan ein „Ass im Ärmel“ – denn wenn Nordkorea die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den USA ins Auge fassen will, müssen auch seine Beziehungen zu Japan entsprechend besser werden.

Literaturangaben

Atsuhiro Isozaki (2021), "A Brief History of Japan-North Korea Relations," *Kyoto-Ronso*, vol. 142

Atsuhiro Isozaki (2013), "Japan-North Korea Relations: The Abe Administration and the Abduction Issue," *SERI Quarterly*, vol. 6-3

Atsuhiro ISOZAKI



Atsuhiro Isozaki ist Professor für Nordkoreastudien an der Keio-Universität, Japan. Seine Forschungsschwerpunkte sind die zeitgenössische nordkoreanische Politik und die Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea. Zuvor war er Sonderanalytiker für nordkoreanische Politik im Nachrichtendienst des japanischen Außenministeriums und leitender Forscher für nordkoreanische Politik an der japanischen Botschaft in Peking. Darüber hinaus wurde er als Japan-Stipendiat des Woodrow Wilson International Center for Scholars ausgewählt.

Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen gehören 3rd ed. *Introduction to North Korean Studies* (auf Japanisch, 2024) und *Tourism in North Korea* (auf Japanisch, 2019). Er spricht fließend Japanisch und Koreanisch und verfügt über gute Kenntnisse in Chinesisch und Vietnamesisch.